

Zehn Monate vor der Landtagswahl hat die AfD in Thüringen großräumig plakatiert: „Der Osten steht zusammen“. Der Wahlthüringer Höcke hielt an diesem letzten Oktobersamstag als Wahlkämpfer Audienz, um mit den ostdeutschen Landeschefs seiner (sic!) Partei auf dem Erfurter Domplatz Flagege zu zeigen. Nicht nur blaue Anhänger kamen, sondern auch Gegendemonstranten, die zeigen wollten, dass es auch im Osten Leute gibt, die Höcke widerstehen. Ihr Treffpunkt war der Hauptbahnhof. Wie immer, wenn ich den Vorplatz betrete, erinnerte ich mich an das Jahr 1970. Ich war zwölf, so alt wie mein jüngster Sohn heute, und staunte, die „Tagesschau“ sehend, über die Bürger, die dort lauthals den Kanzler der Bundesrepublik, Willy Brandt, ans Fenster zitierten.

Die Menschenmenge konnte von der Volkspolizei nur mit Mühe beruhigt werden. Warum erfüllte man ihren bescheidenen Wunsch nicht? Dann zeigte sich der Staatsgast in einer Fensterleibung des Hotels und befreidete winkend die Situation. Brandts Ruhe imponierte mir, obwohl ich nichts über ihn, geschweige denn sein Leben wusste. Von den Hoffnungen, die meine Eltern in diese deutsch-deutsche Begegnung setzten, ahnte ich nichts, hatte aber ein gutes Gefühl, als der ostdeutsche Willi mit dem westdeutschen Willy sprach.

Mehr als fünfzig Jahre später lief ich mit Dutzenden Rentnern, auf deren Plakaten „Omias gegen Rechts“ stand, und Kapuzenjackenträgern, die „Siamo tutti antifascisti“ skandierte, vom Willy-Brandt-Platz in Richtung Erfurter Altstadt. Die klassenkämpferische Geste wirkte ein wenig angestrengt, doch, immerhin, das Bekennnis wurde ohne Scham vor dem Mund verkündet. Während sich der Demonstrationenzug – geschützt von Einheiten der Polizei – über Angst und Wenigkeit markierte, konnte man beobachten – es war Sonnabendnachmittag –, dass der Binnenhandel trotz Krise, Krieg und Inflation florierte. Aus Geschäften traten beglückte Kunden, die Tische der Restaurants waren gut besetzt.

Nach ersten Polizeiangaben marschierten im Zug eintausend Menschen. Deutlich mehr als bei der AfD, aber immer noch zu wenige. Die schweigende Mehrheit verharnte am Straßenrand oder saß beim Latte Macchiato, fotografierte die Aktivisten oder winkte wie dazumal der westdeutsche Kanzler. Eine Frau gab den Marschierenden einen lebensnahen Rat: Ihr solltet arbeiten gehen, statt zu

Ausrissen vernehmen kann. Man muss im Nachgang recherchieren, was eigentlich gesagt wurde.

Bei Höckes O-Tönen sollte man, auch wenn es körperliche Überwindung kostet, besonders genau hinhören. Dabei fiel mir Martin Gumpert ein, der dichtende Leibarzt Thomas Manns, der sich in seinem New Yorker Exil an die Lektüre des NSDAP-Parteiprogramms erinnerte. Sei-

befindet sich dieses Gebäude, trotz guter Substanz, gebildet und gepflegt von Generationen, in katastrophalem Zustand, es ist herabgewirtschaftet worden vom „Kartell der Altparteien“ und von der Regierung, die ihren Hausmeisterjob missbraucht, indem sie „jedem den Schlüssel aushändig, sodass jeder in dieses Haus eindringen kann“. Die Gegendemonstranten bezeichnete er als „Taugenichtse und Mietnomaden“. Im Gegensatz zu seiner Anhängerschaft, die er „ehrlich und fleißig“ nannte, verhielten sich die Verteidiger der „Altparteienherrschaft“ quasi parasitär.

Höckes Auftritte verlangen einen Spagat, den er mit demagogischer Geschmeidigkeit meistert: Er muss seiner Gefolgschaft Provokanten bieten, ohne die Wähler aus der bürgerlichen Mitte zu verschrecken. In Erfurt umringte ihn ein Pulk aus blauen Fahnen, auf denen eine runenartige Flamme zuckte, die von Höcke gepriesenen „engagierten Jugendlichen“ der Jungen Alternative, daneben Bannerträger, die „Ami go home“ forderten, andere mit dem Symbol der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ oder Transparenten, die den „Great Reset“ heraufbeschworen, einige ließen russische Fahnen im Herbstwind flattern, andere verlangten, den Islam, sprich die Muslime, aus Deutschland zu verbannen und Gerichtsurteile für „Corona-Täter“ zu fällen.

Ressentiments müssen gepflegt werden. Also warf der Redner der Menge ein paar patriotische Leckerlis hin: „Wir wollen das Haus Deutschland für das deutsche Volk wieder bewohnbar machen.“ Denn: „Die Multikulturalisierung des Landes klaut uns unsere Identität.“ Trotzdem, verglichen mit anderen Auftritten, wirkte die Rede domestiziert. Der Oberlehrer hatte Kreide gefressen. Die Vorwürfe, die AfD wolle die Demokratie zerstören, seien unrichtig, das Gegenteil sei der Fall: Sie wolle sie erhalten, stärken. Die Menschen, das hat der Politprofi begriffen, verlangen aktuell Perspektiven, Stabilität, Kontinuität. Mit bloßer Negativität kann man in Krisenzeiten keine Mehrheiten gewinnen.

Mantraartig nahm Höcke sechzehnmal das Wort „Demokratie“ in den Mund und wurde regelrecht poetisch, als er den Ostdeutschen Honig ums Maul schmierte: Sie seien „demokratieverliebt“, „demokratievernarnt“, dem Westen voraus, quasi die völkische Avantgarde. Beim Wahlkampf im bayrischen Kaufbeuren, Ende September, hatte er sich in Rage geredet und von einem Kanzler geträumt, „der über diesem Land herrscht und sein Volk aus ganzem Herzen liebt“. Im Überschwang, weil er sich offenbar schon selbst auf dem Chefessel sieht, verriet er, warum die Bayern und Schwaben ihren ostdeutschen Brüdern und Schwestern in deren systemkritischem Furor noch immer hinterherhinken: „Im Westen hat die Umerziehung achtzig Jahre ihre negativen Auswirkungen entfalten können, anders sind auch die verstrahlten Aktivitäten der jungen Generation im Westen nicht zu erklären.“

Solche Sätze hörend, beglückwünscht man die hessischen Kinder, die diesen Pauker losgeworden sind. Horcht man der Botschaft länger nach, beginnt man zu grübeln. Welche Umerziehung? Wann soll sie begonnen haben? Vor achtzig Jahren. Auf welches Ereignis spielte der Geschichtslehrer an? Die Schlacht bei Stalingrad oder die Landung der Alliierten auf Sizilien? Oder etwa die Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl? Durch achtzigjährige Infiltration sei jungen Menschen in Schulen und auf Universitäten „der Selbsthass als Keim ins Bewusstsein gepflanzt worden“. Wenn Liberalismus oder Antifaschismus – um nichts anderes konnte es sich handeln – Selbsthass sind, was ist dann – frei nach Höcke – das gesunde Gegenteil? Wie sieht die Normalität aus, die er und seine Patrioten anpreisen? Erträumen sie sich deutsche Zustände wie im Jahr 1943? Meint Höcke den Volksgerichtshof, wenn er von Demokratie-Rettung schwadroniert?

Einige Tage nach der Demo in Erfurt traf ich Jörg Kaps, einen Bekannten, der auf dem Domplatz in eine hitzige Diskussion mit der Polizei geraten war. Ein Beamter hatte, als die AfD-Anhänger das Deutschlandlied anstimmten, vor den

Gegendemonstranten stehend mitgesungen. Mein Freund meldete diese offenkundige Provokation dem polizeilichen Kommunikationsteam, worauf ihm geraten wurde, seinen Zorn besser in etwas Positives umzuwandeln. Das tue er seit Jahren, hatte Kaps erwidert, indem er in Arnstadt an vertriebene und ermordete jüdische Mitbürger erinnere und ihnen Stolpersteine widme. Für diese Aktivität sei ihm zufällig neun Tage zuvor vom Bundespräsidenten das Verdienstkreuz verliehen worden.

Diese Bemerkung rief eine Polizistin auf den Plan, die versprach, den Vorfall an die Einsatzleitung zu melden. Im Ergebnis des Reports entstand die Idee, Kaps in die Polizeischiefe Meinungen einzuladen, um jungen Beamtinnen und Beamten über seine Arbeit zu berichten. Ob sich bei solcher Gelegenheit Vorurteile oder Überzeugungen verändern lassen, ist nicht sicher. Es bleibt der einzige Weg, sich zu verständigen und andere Werte und Visionen von Zusammenleben zu diskutieren. Auf jeden Fall sei allen, die überlegen, bei der nächsten Wahl ihr Kreuz bei der AfD zu machen, die Lektüre Höckescher Prosa empfohlen. Man kann da herauslesen, wie das Erwachen Deutschlands aussehen soll, das er und seine Mitstreiter anstreben. Auf der Demo trug ein junger Mann ein Porträt des thüringischen AfD-Chefs mit dem Spruch „Großmutter, warum hast du so blaue Augen?“. Kein schlechter Witz, aber Höcke ist keine Witzfigur, sondern ein als Biederermann verkleideter Brandstifter, der das Haus Deutschland nicht renovieren und verschönern will, sondern dabei ist, Sprengstoff an dessen Fundament zu legen.

Steffen Mensching, geboren 1958, ist Schriftsteller, Regisseur und Intendant des Theaters im thüringischen Rudolstadt.

In unserer Serie **Demokratie in Gefahr?** schreiben Autoren aus jenen ostdeutschen Bundesländern, in denen im kommenden Jahr gewählt wird. Zuletzt erschien am 19. September der Beitrag von Stefan Petermann.

Wandertag mit Lehrer Höcke

Demokratie in Gefahr? Eindrücke von einer AfD-Kundgebung in Erfurt

Von Steffen Mensching

demonstrieren, unser Land braucht Arbeitskräfte. Was denkt sie, dachte ich, tun wir sonst? An meiner Seite liefen zwei Schümpfanten, eine Dramaturgin, zwei Lehrer, ein Zahnarzt, ein Sozialarbeiter und ein Ingenieur.

Höcke fand wenig später für alle, die seinen Auftritt vor dem Dom zu stören wagten, klare Attribute: „Opfer der Bildungskatastrophe“ seien wir, „ahnungslos und ungebildet“, „antideutsche Grüne“, jedenfalls keine Leute, die jeden Morgen aufstehen und das Land voranbringen würden mit ihrer Arbeit. Das Bedauerliche an abgesicherten, gut sortierten Demonstrationen ist, dass man die Argumente der Gegenseite – gesetzt, es handelt sich um solche – nur in akustischen

ne frühe Neugier – er kaufte die Broschüre in den Zwanzigerjahren – hatte ihm vermutlich das Leben gerettet, weil er dadurch präpariert war für das, was die Nazis planten und später praktizierten. Nun, Höcke ist nicht Hitler, aber er hat einiges von ihm gelernt, zum Beispiel wo und wann man verbal draufhauen und wann und wo man in Andeutungen sprechen soll. Zwar beklagt er regelmäßig, dass ihm die „Mainstream-Medien“ nicht ausreden ließen, doch liefert er, wenn er ungehindert referieren kann, erstaunlich wenig Klarheit.

In seiner Erfurter Rede kaprizierte er sich auf eine Metapher: „das Haus Deutschland“. Wenn man ihm glauben will – und viele scheinen dies zu tun –,

Der Zionismus war eine Befreiungsbewegung

Ist Israel eine Kolonie, ein Unterdrückerstaat? Ein Interview mit dem Historiker Michael Brenner über Gründung und Geschichte des jüdischen Staats

Herr Brenner, wenn es darum geht, die israelische Politik und Kriegsführung zu kritisieren, ist „Zionismus“ zum Schimpfwort geworden, für eine Ideologie, die zu bekämpfen ist. Was ist aber der Zionismus?

Der Zionismus als politische Bewegung entstand am Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den Antisemitismus in Europa – als eine Bewegung, die die Juden vor dem Antisemitismus befreien wollte. Eine Befreiungsbewegung also. Als Theodor Herzl 1896 sein Buch „Der Judenstaat“ schrieb, hatte er nach seiner Überzeugung alles versucht, um sich als guter Österreicher zu beweisen, war aber immer wieder gescheitert. Und so hat er die Vision entwickelt, dass die Juden, nicht aus Begeisterung, sondern aus Enttäuschung, ein eigenes Staatswesen brauchen.

Ist der Zionismus also Herzls Erfindung?

In Osteuropa gab es schon etwas früher eine Bewegung, die ein Zionismus aus Begeisterung war. Das war der Zionismus, der die in Osteuropa besonders bedrohten Juden in ihre alte, biblische Heimat zurückführen wollte.

Es gibt also „den“ Zionismus gar nicht? Man kann von Anfang an von mehreren Zionismen sprechen.

Aber war das Ziel nicht dasselbe? Ob man aus Enttäuschung oder aus Begeisterung einen Staat im Nahen Osten gründen will, ändert ja nichts am Projekt der Staatsgründung.

Herzl schrieb, wir brauchen diesen Staat, aber wo der liegen sollte, ließ er offen. Palästina, Argentinien, es gab auch eine Uganda-Variante. Herzl war nicht abgeneigt, er wollte vor allem eins: die Juden aus Europa retten. Der Push-Faktor, wie man in der Migrationsforschung sagt.

Und der Pull-Faktor?

Für die osteuropäischen Zionisten konnte es nur die alte jüdische Heimat sein. Herzl merkte bald, dass die osteuropäischen Zionisten, die in der Mehrheit waren, vielleicht mit dem Verstand nach Argentinien gehen würden oder nach Uganda. Aber mit dem Herzen nur nach Palästina.

Und dann einigt man sich auf dieses Ziel?

Herzl stellt sich einen Staat vor, in dem Deutsch, Französisch, Englisch gesprochen wird. Er sagt, wir werden die besten französischen Opernhäuser, die besten englischen Internate, die besten Wiener Kaffeehäuser haben. Die Osteuropäer wollen einen Staat mit ganz eigener jüdischer Kultur. Und natürlich hebräischer Sprache.

All diese Pläne sind aber Werke des kolonialen Zeitalters. Ob Argentinien, Uganda, Palästina: dass dort schon Menschen leben, spielt keine Rolle.

Ja, sie waren Kinder dieser Zeit, europäische Kinder. Herzl wird gern zitiert: Ein Volk ohne Land geht in ein Land ohne

Volk. Das hat er nie gesagt. Er wusste, dass es dort eine arabische Bevölkerung gab, er hat es aber idealisiert, vor allem in seinem Roman „Altneland“, in dem er sich die Zukunft nicht anders vorstellen konnte, als dass die dortigen Araber die Ankunft der Juden begeistert begrüßen würden. Die osteuropäischen Zionisten waren realistisch.

Inwiefern?

Die haben gesehen, dass dort Menschen lebten, die nicht unbedingt mit offenen Armen die jüdischen Einwanderer begrüßen würden. Und haben über Konzepte nachgedacht, wie man trotzdem zusammenleben könnte. Zum Kolonialismus gibt es trotzdem einen entscheidenden Unterschied.

Und zwar?

Es gab keine Kolonialmacht. Die Juden hatten nicht etwa einen mächtigen europäischen Staat hinter sich, sie waren Flüchtlinge vor dem europäischen Antisemitismus. Die Zionisten passen aber auch nicht in das heute so beliebte Konzept des Siedler Colonialism. Von den Passagieren der „Mayflower“ unterschieden sie sich erstens dadurch, dass sie nicht in ein fernes, unbekanntes Land aufbrachen, sondern in ihre alte Heimat. Und zweitens gab es dort seit jehar auch eine kontinuierlich bestehende jüdische Gemeinde.

Die postkoloniale, irgendwie linke Erzählung geht so: In Palästina leben die indigenen, palästinensische Araber. Und dann kommen die Juden und nehmen deren ihr Land weg. Dann begehen die Nazis ihr ungeheuerliches Verbrechen, noch mehr Juden kommen, und die Palästinenser müssen büßen für das, was Deutsche den Juden angetan haben. Diese Erzählung hat den Vorzug, dass sie einfach und verständlich ist.

Wie immer ist Geschichte komplizierter, und das fängt schon damit an, dass es zur Frage, wer indigen sei, zwei Erzählungen gibt. Die eine ist die der arabischen Bevölkerung, die für sich in Anspruch nimmt, hier indigen zu sein. Und die verständlicher Weise fragt: Warum müssen wir bezahlen für das, was Europäer und vor allem die Deutschen den Juden angetan haben? Das Narrativ der Zionisten besagt, das ist unser Land, wir wurden vertrieben, und jetzt kehren wir zurück – in ein Land, in dem aber immer auch Araber gelebt haben. Juden wie auch Araber stellen also den Anspruch, die indigene Bevölkerung zu sein.

Und beide haben recht?

Natürlich. Erschwerend kommt hinzu, dass mehr als die Hälfte der Juden, die nach der Gründung des Staates Israel eingewandert sind, nicht aus Europa kam. Diese Menschen kamen aus dem Nahen Osten und Nordafrika; die Erzählung, dass Israel das Land weißer, europäischer Einwanderer sei, trifft allenfalls zur Hälfte zu.

Und die andere Hälfte?

Die wurde zumeist vertrieben, aus Ländern wie Ägypten, dem Irak und anderen arabischen Staaten.



Michael Brenner, Professor für Jüdische Geschichte

Foto Picture Alliance

men hat: die Wüste? Während das schöne Jordantal, wo die biblischen Landschaften liegen, an die Palästinenser ging?

Nein, es ist nicht der schlechtere Teil. Immerhin beinhaltete der ursprüngliche jüdische Staat einen langen Küstenstreifen und einen Teil Galiläas. Aber eben nicht Jerusalem und große Teile des biblischen Kernlands. Ab 1949 durften Juden zum ersten Mal in der Geschichte nicht einmal die Altstadt Jerusalems betreten und an der Klagemauer beten.

Wer hat das verfügt?.

Transjordanien hat 1950 das Westjordanland annektiert und wurde damit erst zu Jordanien; es herrschte dort bis zum Sechstagekrieg 1967. Man hätte dort, wie auch in Gaza, das Ägypten nur verwaltete, einen Palästinenserstaat gründen können. Man tat das aber nicht, weil man damit die Existenz Israels anerkannt hätte. Jordanien war nicht einmal bereit, den Palästinensern eine Autonomie zu gewähren.

Im Westen sagten damals viele: Was wollen die Palästinenser, sie haben ja ihren Staat. Der heißt Jordanien.

Auch die israelische Rechte hat das so gesehen. Das greift aber zu kurz. Der König von Jordanien betrachtete sein Land nicht als Palästinenserstaat, und es gab ja auch blutige Konflikte zwischen den Jordanern und der PLO. Noch in den Zwanziger- und Dreißigerjahren waren übrigens auch die Juden gemeint, wenn man von Palästinensern sprach. Man hatte einen Pass des britischen Mandatsgebiets, das auf dem stand „Palestine“ in lateinischen, arabischen und hebräischen Buchstaben.

Legendar ist ja der Spruch von Golda Meir: Ich bin Palästinenserin.

Sie sagte auch: Es gibt kein palästinensisches Volk. Das kann man nicht sagen, das konnte man auch damals nicht sagen. Das palästinensische Volk existiert, und es hat das Recht auf einen eigenen Staat.

Das wichtigste Ereignis in der Erzählung dieses Volks ist die Nakba. Wie würden Sie die beschreiben?

Die Nakba ist die Katastrophe. Sie ist die Kehrseite von dem, was in der israelischen Erzählung als Wunder beschrieben wird: dass es fast zweitausend Jahre nach der Vertreibung durch die Römer, nur drei Jahre nach dem Holocaust wieder einen jüdischen Staat gibt. Zugleich erklären fünf arabische Staaten den Krieg, den Israel gewinnt. Und in dessen Folge 700.000 Palästinenser ihre Heimat verlieren, teils, weil sie fliehen. Und teils auch, weil sie vertrieben werden. Ich glaube, es war Amos Oz, der die Tragik dieser Geschichte so beschreibt, dass ein Mensch sich aus einem brennenden Haus rettet, indem er aus dem Fenster springt. Dabei fällt er aber auf einen anderen Menschen, den er schwer verletzt. Indem die Juden aus dem brennenden Haus Europa und später aus arabischen Ländern nach Palästina flüchteten und ihr Leben retteten, verletzten sie die dort lebende arabische Bevölkerung.

Simon Sebag Montefiore hat in einem Essay für „The Atlantic“ neulich darauf

hingewiesen, dass solche Aktionen im Zuge der Staatenbildung üblich waren. Es gab nach der Unabhängigkeit Indiens einen großen Bevölkerungsaustausch zwischen Hindus und Muslimen. Immerhin vertrieben die Araber damals die Juden, die seit Jahrhunderten in ihren Ländern gelebt hatten.

Dieses Denken, dass Bevölkerungsaustausch legitim sei, herrschte in der Tat nach dem Zweiten Weltkrieg noch vor. Heute nennt man das ethnische Säuberung. Dass diese auch in unserer Zeit noch praktiziert wird, zeigte zuletzt der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Allerdings spricht darüber bei uns kaum einer, und niemand geht für die über 100.000 armenischen Flüchtlinge der letzten Wochen auf die Straße.

Wer hat aus welchem Interesse den Nahostkonflikt zu einem Religionskrieg erklärt? Hat nicht neulich einer der Hamas-Führer prophezeit, der Islam werde demnächst Rom erobern? Und Al Andalus sowieso?

Das religiöse Element wird auf beiden Seiten stärker. Bei den Palästinensern ist es die Enttäuschung darüber, dass es kaum politische Erfolge gibt. Und seit den Siebzigern wird der religiöse, der messianische Zionismus stärker, vor allem bei den Siedlern, die den Boden als heilig betrachten. Wenn solche Positionen aufeinandertreffen, der jüdische Messianismus und der Islamismus, gibt es keine Kompromisse. Beider Wahrheitsanspruch ist absolut. Gott hat uns das Land gegeben.

Die Politik Netanyahus und seiner nationalreligiösen Partner im Westjordanland scheint der Kritik des Postkolonialismus recht zu geben: so, wie sich die Siedler das Land aneignen, so, wie das palästinensische Volk behandelt wird. Für die postkoloniale Argumentation ist das ganze Israel eine Kolonie. Das ist falsch. Aber dass es starke rechtsreligiöse Kräfte gibt, die das Westjordanland annektieren und am liebsten alle Palästinenser loshaben wollen, das zeigt sich nicht nur im Siedlungsbau im Westjordanland. Es zeigt sich jetzt auch bei den tätlichen Übergriffen der Siedler. Es ist ein großes Unglück, dass in dieser existenzbedrohenden Krise eine Regierung an der Macht ist in Israel, die diese religiös-messianischen Kräfte beinhaltet.

Gibt es trotz allem einen Funken Hoffnung, dass nach dem fürchterlichen Morder, nach der Zerschlagung der Hamas es vielleicht doch eine Chance gibt, die Verhältnisse neu zu überdenken?

Ich bin Realist, im Sinne Ben Gurions, der sagte: Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist. Die Status-quo-Politik Netanyahus ist tot. Man wird auch kein Abkommen mit Saudi-Arabien schließen können, und dabei das Schicksal der Palästinenser ignorieren. So schwierig und problematisch es ist, ich sehe derzeit keine bessere Lösung als das Zwei-Staaten-Modell.

Die Fragen stellte **Claudius Seidl**.